



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 05.05.2014

Beginn: 17:00 Uhr

Ende 20:50 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Bode

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Brenner

Herr Stadtrat Dr. Compter

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Etzinger

Herr Stadtrat Funk

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Heinkele

Herr Stadtrat Herzhauser

Herr Stadtrat Hummler

Herr Stadtrat Keil

Herr Stadtrat Kolesch

TOP 11.9 befangen

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

bis TOP 12.5

Herr Stadtrat Dr. Schmid

bis TOP 4

Frau Stadträtin Sonntag

Herr Stadtrat Späh

Herr Stadtrat Walter

Herr Stadtrat Weber

entschuldigt:

Herr Stadtrat Deeng
Frau Stadträtin Kapfer
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Mantz, Liegenschaftsamt
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Frau Schuster, Bauverwaltungsamt bis TOP 6
Herr Walz, Gebäudemanagement ab TOP 3
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Gäste:

Herr Geier, Stadtwerke Biberach ab TOP 4
Herr Gretscher, Sana-Kliniken bis TOP 3
Herr Lang, Sana-Kliniken bis TOP 3
Herr Dr. Merten, Hochschule bis TOP 4

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Glückwünsche Etzinger	
2.	Bürgerfragestunde	
3.	Sachstandsbericht zum Neubau der Sana-Klinik an der Birkenharder Straße	63/2014
4.	Schwabenbund und Wettbewerb RegioWIN Förderung des Leuchtturmprojektes "Innovations- und Technologietransferzentrum PLUS" der Hochschule Biberach	80/2014
5.	Ergebnisse der Mehrfachbeauftragung "Umgestaltung Alter Postplatz / Saumarkt"	42/2014 - 1
6.	Abrechnung der städtebaulichen Erneuerungsmaßnahme "Östliche Innenstadt" und Aufhebung der Sanierungssatzung	60/2014
7.	Stromlieferung 2015 bis 2017 für die Abnahmestellen der Stadt Biberach - Ausschreibung	65/2014
8.	Zuwahl zum Gemeindevwahlausschuss für die Kommunalwahlen am 25. Mai 2014	79/2014
9.	CDU-Antrag vom 03.02.2014: Weiterentwicklung der Verkehrssicherheit in Biberach	69/2014
10.	Anträge der FDP-Fraktion rund um den e.wa Konzern vom 19.03.2014	66/2014
11.1.	Bekanntgaben - Autofreier und begrünter Marktplatz - Antrag der SPD-Fraktion	AT 17/2014
11.2.	Bekanntgaben - Antrag auf kostenfreies letztes Kindergartenjahr - Antrag der FDP-Fraktion	AT 18/2014
11.3.	Bekanntgaben - Bericht zur regionalen Schulentwicklung - Antrag der SPD-Fraktion	AT 19/2014
11.4.	Bekanntgaben - Birkendorf-Grundschule - zusätzliche Räumlichkeiten - Antrag der SPD-Fraktion	AT 24/2014
11.5.	Bekanntgaben - Küchenausstattung Sporthalle Mettenberg - Antrag der SPD-Fraktion	AT 20/2014
11.6.	Bekanntgaben - Prüfung verkehrlicher Maßnahmen in der Telawiallee - Antrag der CDU-Fraktion	AT 21/2014
11.7.	Bekanntgaben - Stärkung des Ehrenamts - Antrag der CDU-Fraktion	AT 22/2014
11.8.	Bekanntgaben - Park and Ride am Bahnhof - Antrag der CDU-Fraktion	AT 23/2014
11.9.	Bekanntgaben - Erklärung von BM Kuhlmann zum Normenkontrollverfahren Bebauungsplan Consulengasse	
12.1.	Verschiedenes - Park & Ride am Bahnhof	
12.2.	Verschiedenes - Parksituation Freibad	
12.3.	Verschiedenes - Die Diskussion zur Umgestaltung Alter Postplatz	
12.4.	Verschiedenes - Normenkontrollverfahren Bebauungsplan Consulengasse	
12.5.	Verschiedenes - Antragsflut	
12.6.	Verschiedenes - Nahwärmekonzept Hochvogelstraße	
12.7.	Verschiedenes - Fahrten von Radfahrern entgegen Einbahnstraßen	
12.8.	Verschiedenes - Aufstieg nach Mettenberg und Thema Fracking	
12.9.	Verschiedenes - Sauberkeit in der Innenstadt	
12.10.	Verschiedenes - Parkplätze Freibad	
12.11.	Verschiedenes - Vereinsförderrichtlinien	
12.12.	Verschiedenes - Wünsche für die Kommunalwahl	

Die Mitglieder wurden am 23.04.2014 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 30.04.2014 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Glückwünsche Etzinger

OB Zeidler gratuliert StR Etzinger, der in Telawi mit der Ehrenbürgerwürde ausgezeichnet worden sei. Er habe dort vieles angegangen, bewegt und erreicht und ihm sei kein Weg zu weit bei dem Ziel nach dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu leisten. Er sei als Vermittler tätig und ein fulminantes Organisationstalent. Sein Einsatz sei für viele vorbildlich in Biberach. Er überreicht Herrn Etzinger als Dankeschön einen Geschenkkorb.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Frau Funk spricht den geplanten Rewe-Markt in der Berthold-Hupmann-Straße an und fragt, warum dieses Grundstück nicht zur Wohngebietsausweisung genutzt worden sei, da doch bei der ImmoMesse von fehlenden Wohngrundstücken die Rede gewesen sei. Sie fragt, wie viele Rewe-Märkte in Biberach noch benötigt würden, da schon viele existierten und spricht von Artenvielfalt versus Monokultur.

BM Kuhlmann legt dar, dass grundsätzlich eine wohngebietsnahe Versorgung mit Lebensmitteln Zielsetzung der Biberacher Stadtplanung sei. Hierfür habe man verschiedene Standorte ausgewählt, unter anderem den genannten im Gebiet des Bebauungsplans Berthold-Hupmann-Straße. Der Bedarf sei belegt und der Standort zielgerichtet ausgewählt worden.

Frau Funk fragt, ob das Baugrundstück als Sondergebiet ausgewiesen werden müsse. Sie hält dies für willkürlich.

OB Zeidler widerspricht dem Willkürvorwurf. Auch die Vorgaben für Sondergebiete seien rechtlich relativ genau umrissen.

BM Kuhlmann unterstreicht dies. Es werde im Bebauungsplan konkret und im Detail festgelegt, was in einem Sondergebiet möglich sei. Für Nachbarn gebe es daher keine sicherere Möglichkeit als die Ausweisung eines Sondergebietes, um genau zu wissen, was in der Nachbarschaft möglich sei und was nicht.

Frau Sigrid Ostermeier fragt, warum das Pestalozzihaus abgerissen werden solle. Es bestehe ein Mangel an Übungsräumen und das Pestalozzihaus habe eine sehr gute Akustik. Der Jugend-Musikschul-Saal sei sehr klein.

BM Kuhlmann erwidert, es bestehe keine konkrete Absicht, das Pestalozzihaus aktuell abzureisen. Langfristig werde es nicht mehr benötigt, da im Räumlichen Bildungszentrum die Jugend-Musikschule ausreichend mit Flächen versorgt sei. Man müsse aber die schulische Entwicklung abwarten, um dann über die Zukunft des Pestalozzihauses zu entscheiden.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 63/2014 zur Information vor. Das Thema wurde bereits im Bauausschuss am 10.04.2014 vorgestellt.

Herr Gretsch, Geschäftsführer der Sana-Kliniken legt dar, dass ein Gesundheitscampus mit vielen Facetten entstehen solle. Dies sei eine Herausforderung. Im Vorjahr habe man den Standort strukturiert und inhaltlich voran gebracht. Die Patientenzahl steige deutlich an. 2013 habe man circa 1500 Patienten mehr behandelt, was einer Steigerung von fast 20 Prozent entspreche. Man gewinne auch Patienten aus dem Landkreis. Er legt dar, dass die Sana-Kliniken sich intensiv mit dem medizinischen Portfolio auseinandergesetzt hätten. Man habe gute Ärzte gewonnen und Prozesse und Strukturen verschlankt. Es werde „kein Geld mehr verbrannt“. Im Gesamtverbund funktioniere es gut mit den Außenstandorten. Er wirbt dafür, gemeinsam stark zu sein. Dies funktioniere aber nur in einem sehr großen Verbund. Die Sana-Kliniken versuchten, den Markt voraussetzungen gerecht zu werden. Daher müsse so gebaut werden, dass es künftigen Anforderungen an die Versorgung gerecht werde. Hier stehe die ambulante Versorgung vor der stationären Behandlung, was auch die modulare Bauweise begründe. Ferner erfolge eine intensive Zusammenarbeit mit Partnern beispielsweise was das Labor und die Küche betreffe. Mit drei Standorten habe man die klassische Grund- und Regelversorgung und sei kein unbedeutender Arbeitgeber.

Er dankt dem Gemeinderat und allen Beteiligten für die bisher gute Zusammenarbeit. Die Rahmenbedingungen seien aktuell nicht optimal, weshalb der neue Standort so schnell wie möglich benötigt werde.

Anschließend stellt Herr Lang, zuständiger Architekt der Sana-Kliniken das Projekt ausführlich vor. Das Grundstück mit circa 12 ha im Gebiet Hauderboschen sei sehr gut erschlossen. Er bezeichnet die Umgehungsstraße und die Entwicklung der Erschließungsstraße als sehr wichtig. Hier sei man intensiv in Gesprächen mit Stadt und Regierungspräsidium gewesen. Ziel sei es, den Bauabtrag zum Jahresende zu stellen. Die bauliche Fertigstellung sei für Ende 2017 geplant und im Frühsommer 2018 könnten dann Umzug und Inbetriebnahme erfolgen. Er legt dar, dass das Baukonzept Erweiterungen in alle Richtungen ermögliche.

StR Walter bemerkt, die CDU-Fraktion können dem skizzierten Entwurf zu 100 Prozent folgen. Man benötige und wolle im Kreis eine moderne, leistungsstarke Klinik. Es sei klar geworden, dass im Hauderboschen der einzig richtige Standort hierfür sei. Der aktuelle Standort sei von der Zufahrt problematisch, da er mittlerweile von Wohngebieten umschlossen sei. Die Verkehrsanbindung sei im Bauausschuss thematisiert worden und er bezeichnet es als erfreulich, dass die dort vorgetragenen Anregungen bereits aufgenommen worden seien. Die Einfahrt sollte ein kleiner Verkehrsknotenpunkt werden und müsse daher gut gelöst werden. Die Fertigstellung der Nord-West-Umfahrung mit dem Aufstieg zur B30 gehöre für die CDU-Fraktion dazu, da damit der östliche Landkreis eingebunden würde. Hier sei der Kreistag in der Pflicht. Er zeigt sich erfreut, dass die Zusammenarbeit mit der Stadt funktioniere und gemeinsam zukunftsorientiert agiert werde. Er bezeichnet es als günstig, dass genügend Erweiterungsflächen bestünden und zeigt sich gespannt auf die Entwürfe. Die CDU-Fraktion wünsche allen Beteiligten weiterhin einen guten Planungsweg, der gerne positiv begleitet werde.

StR Keil äußert Gefallen an der Planung und der Perspektive auf eine funktionierende Klinik. Dies stelle kein Votum gegen Entwicklungen an anderen Orten dar, sondern man komme allen Kreis-

bewohnern und darüber hinaus entgegen. Vielen sei zu wenig bewusst, was sie an der zentralen Klinik hätten. Diese müsse sich kontinuierlich weiterentwickeln, sowohl baulich als auch wie dargestellt in der Innenentwicklung. Es werde eine moderne, sehr zeitgemäße Klinik entstehen. Er bezeichnet es als Glücksfall für den Gemeinderat angesichts der wenigen vorhandenen Flächen, dass man einen Standort anbieten könne, der für die Bedürfnisse der Klinik wie geschaffen sei. In Biberach werde auch im gewerblichen Bereich Wert auf gute Architektur gelegt, weshalb es gut sei, dass die Sana-Kliniken eine gute architektonische Lösung zugesagt hätten. Kopfschmerzen bereite noch etwas die Erschließung, da südlich gelegen große Wohngebiete bestünden. Er wünscht, dass es kein Kampf werde, sondern etwas Heilsames entstehe.

StR Heinkele übermittelt die Freude der Freien Wähler, dass es im Verfahren weitergehe. Natürlich könne im aktuellen, frühen Planungsstadium nicht jedes Detail fixiert sein. Die geplanten 340 Betten seien vermutlich auskömmlich. Gleichzeitig würden mehr Untersuchungen angeboten, es sei also mehr Verkehr in diesem Bereich zu erwarten. Allein die Dialyse erfreue sich kräftigen Zugangs. Er bittet die Verkehrszahlen genau zu erheben. Da die Zufahrt auch von Rettungsfahrzeugen genutzt werde fragt er, ob die Straße Begegnungsverkehr zulasse. Dann fragt er noch, ob eine urologische Abteilung in der Klinik oder nur ambulant vorgesehen sei.

StR Weber meint, es werde sicher interessant. Er bezeichnet es als wichtig, dass die Dachflächen begrünt würden und auch das Gelände und dass Bäume gepflanzt würden. Auch Fuß- und Radwege seien wichtig. Allgemein müsse die Erschließung stimmig sein. Er hält großes Einfühlungsvermögen in die Patienten für erforderlich, auch was die Verpflegung betreffe. Man dürfe diese Themen nicht nur betriebswirtschaftlich betrachten.

StR Braig meint, es müssten die Voraussetzungen geschaffen werden, die eine klinisch und medizinisch zeitgemäße Versorgung ermöglichen.

Herr Gretschner antwortet, das medizinische Leistungsportfolio umfasse auch die Urologie auf dem Campus. Dieses sei eine der Kernkompetenzen der Sana-Kliniken. Dennoch solle die Vernetzung mit dem ambulanten Bereich verstärkt werden. Man sehe keine Konkurrenz zur ambulanten Versorgung, sondern wolle diese Anbieter mitnehmen. Das Angebot solle die gesamte Palette im Laufe eines Lebens abbilden. Die Prävention komme heute zu kurz.

Es seien 36 bis 38 Betten je Station vorgesehen. Er spricht von einer „atmenden Belegung“, um das Personal optimal einsetzen zu können. Standard seien 2-Bett-Zimmer. Als durchschnittliche Verweildauer gibt er circa 5,5 Tage an und verdeutlicht, dass angesichts dieser kurzen Zeit die Verpflegung in der Wahrnehmung nach hinten rutsche. Man achte gleichwohl auf eine regionale Versorgung mit regionalen Komponenten. Man wolle die Krankenhäuser aber nicht als krank wahrnehmen, sondern dass sie auch von Gesunden genutzt würden im Sinne der Prävention.

Herr Lang führt aus, es sei ein Gebäude für klinikaffine Anbieter vorgesehen. Ebenso ebenerdige Stellplätze mit wassergebundenen Flächen. Ungefähr 35 bis 40 Prozent der gesamten Grundstücksfläche sei aktuell zur Bebauung vorgesehen. Die Wegebeziehungen stellten eine Herausforderung dar, aber wenn die Betten nah zum Zentrumsgebäude angeordnet würden, habe man keine längeren Wege als bei einer Stapelbauweise. Die vorgesehene Bauweise biete eine bessere Belichtungsqualität als ein kompakter Bau. Bei der Zufahrt müssten rechtliche Vorgaben berücksichtigt werden wie eine Abstand von 200 Metern bei zwei Einfahrten. Durch die entsprechende Qualifizierung eines landwirtschaftlichen Weges habe man mit dem Regierungspräsidium wenigstens eine Notzufahrt erreichen können. Rettungs- und Lieferwege würden getrennt.

Herr Gretsch stellt klar, dass die aktuellen Wege mit den künftigen nicht vergleichbar seien, da ein Patient beispielsweise erst auf Station komme, wenn er therapiert sei, also nach der Operation.

StRin Goeth fragt, ob die Geriatrie beibehalten werde und was mit dem Pflegeheim sei.

Herr Gretsch antwortet, Pflegebetten der St. Elisabeth Stiftung seien auf dem Campus nicht vorgesehen. Ob auf dem Campus hierfür Potential gesehen werde, müsse gegebenenfalls von der Stadt entschieden werden. Es bestünden Ergänzungsflächen, wo dies theoretisch möglich wäre. Die Geriatrie sei in der aktuellen Finanzierung mehr tot als lebendig. Man halte sie aktuell am Leben, da sie notwendig sei. Nach aktuellen Kenntnissen sei aber zu überlegen, wo sie weiterbetrieben werden könne. Hier seien politische Entscheidungen abzuwarten.

Damit ist die Diskussion beendet.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 80/2014 zur Beschlussfassung vor.

Herr Dr. Merten von der Hochschule Biberach stellt das Projekt anhand eines Power-Point-Vortrags vor. Er ist dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt. Herr Dr. Merten erläutert die Zusammenhänge und zeigt auf, dass die Hochschule mit ihrem Leuchtturmprojekt ein Baustein des Wissenstransfernetzwerkes im Schwabenbund sei, mit dem man sich einem Wettbewerb stelle und auf EU-Fördermittel hoffe. Der Wissenstransfer aus der Hochschule in die Region solle verbessert und Raum für Existenzgründer und Bürgerbeteiligung - Unternehmerbeteiligung eingeschlossen - geschaffen werden. Leitgedanke sei, die Region zu einer der wettbewerbsfähigsten Regionen zu machen. Das Netzwerkprojekt werde von der IHK betreut. Das PLUS stehe für die Möglichkeit der Eröffnung sogenannter Reallabore. Es sei ein Neubau im Gebiet Aspach geplant und der ehemalige Westflügel der Dollinger Realschule solle für das Projekt Energie und Gebäudesysteme genutzt werden. Damit alles zum Tragen komme sei Voraussetzung, dass das Projekt des Schwabenbundes mit dem Leuchtturmprojekt der Hochschule prämiert werde. Dann könne man einen Förderantrag stellen. Als Problem führt er an, dass die Fördergrundlagen zwischen den Beteiligten noch nicht klar seien und man die Richtlinien für die Vergabe der Fördermittel noch nicht vorliegen habe.

Nach 26 Minuten ist er mit seinem Vortrag am Ende und es wird applaudiert.

StR Abele signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion und dankt für den engagierten Vortrag. Ein Gründungszentrum sei gewollt und nun bestehe die Möglichkeit, es sogar kostengünstiger als die ursprünglich gedachte Lösung zu erhalten. Als Leuchtturmprojekt würde es auch stärker in die Region strahlen. Drei Themen seien für die CDU wichtig und genannt worden: Zum einen der Gründergedanke mit Existenzgründungen aber auch Ausgründungen. Die Voraussetzungen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort seien vorhanden. Zweitens nennt er das Thema Energiewende, da man sich auf den Weg gemacht habe, die lokale Energiewende voran zu treiben. Als dritten Aspekt nennt er die hohe Drittfinanzierung. Er wünscht dem Projekt viel Erfolg.

StR Dr. Nuding meint, die transdisziplinierte Umsetzung sei eine Herausforderung für die Zukunft und ein erfolgreicher Hochschulstandort nicht mehr wegzudenken. Man müsse an diesem Projekt dran bleiben, da die Fördermittel erheblich seien. Er signalisiert sich im Rahmen seiner Möglichkeiten einzubringen. Er erkundigt sich nach den Chancen und fragt, ob möglich sei, dass nach und nach andere Forschungsziele hinzukämen. Ferner interessiert ihn die Aufgabe des Schwabenbundes und die Verknüpfung zu ihm. Er signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion und bringt die Freude zum Ausdruck, dass ein von der SPD-Fraktion lange gefordertes Technologiezentrum in greifbare Nähe rücke.

StRin Goeth dankt für den Vortrag. Sie fragt was passiere, wenn Biberach nicht zum Zug komme. Die Freien Wähler sähen eine große Chance darin, die es zu nutzen gelte. Sie bezeichnet die Einbindung der Wirtschaft auch finanziell als wichtig. Wie hoch die städtische Beteiligung sein werde sei offen, bis die Zuschussfrage klar sei. Sie erkundigt sich nach der Finanzierung in den Jahren 2020 folgende, wenn die Förderung auslaufe.

StR Späh schickt seinen Ausführungen den Dank voraus und bezeichnet das Technologiezentrum als wichtige Angelegenheit. Man dürfe es nicht mit den Leuchtturmprojekten im Rahmen des Markenbildungsprozesses verwechseln. Er fragt, ob der Beschlussantrag was die städtische Beteiligung betreffe konkreter gefasst werden könne und man sich beispielsweise auf eine Unterstützung entsprechend der Beteiligung des Landkreises einigen könnte.

StR Funk dankt ebenfalls namens der FDP-Fraktion und hält die zwei gesetzten Schwerpunkte für gut. Zur Finanzierung unterstreicht er die Ausführungen von StR Späh und bittet um getrennte Abstimmung. Die FDP wolle keinen Blankoscheck über die Fördermittel in nicht festgelegter Höhe ausstellen. Auch benötige man eine klare Darstellung für die Zeit des Auslaufens der Zuschüsse.

Herr Dr. Merten hält es für möglich, dass die Jury das Projekt prämiere, aber nicht bezuschusse. Dann werde eventuell auf andere Fördermöglichkeiten durch die Jury im Rahmen der EFRE-Förderung hingewiesen. Auch andere Inhalte des Projekts wären möglich. Zur Frage der Weiterfinanzierung nach dem Jahr 2020 gibt er zu verstehen, die Hochschule sei generell nicht ausfinanziert und vieles müsse über Programme finanziert werden. Man müsse daher zu gegebener Zeit sehen, was möglich sei. Zur Beteiligung der Wirtschaft habe man die Unternehmen angeschrieben, aber noch keine Zusagen erhalten. Den Schwabenbund bezeichnet er als funktionalen Raum.

OB Zeidler meint, zur Finanzierung könne man nicht mehr sagen, was über Kaffeesatz lesen hinaus ginge. Im Rahmen des weiteren Verfahrens würden dann konkrete Zahlen benannt und beschlossen.

EBM Wersch unterstreicht dies. Die finanzielle Beteiligung sei aktuell völlig offen und was der Kreis beschließe sei nicht besonders sinnvoll, da ein Herunterrechnen auf 7,5 Prozent sinnvoll sein könne oder nicht. Dies sei auch nur von einem Ausschuss beschlossen worden. Der Beschlussantrag stelle keinen Blankoscheck dar, sondern es würden nur Fördermittel in Aussicht gestellt. Der letzte Zuschuss sei noch zu beschließen. Im weiteren Verlauf bezeichnet er es als wichtig, auch zu klären, wie sich die Wirtschaft beteilige. Es sei Aufgabe der nächsten Monate, zum Schulabschluss mit den Unternehmern zu kommen.

StR Funk zieht daraufhin seinen Antrag auf getrennte Abstimmung zurück.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1.
 - a) **Die Stadt Biberach unterstützt das Wissenstransfernetzwerk des Schwabenbundes sowie das Leuchtturmprojekt "Innovations- und Technologietransferzentrum PLUS" der Hochschule Biberach.**
 - b) **Die Stadt ist bereit, Fördermittel in noch nicht festgelegter Höhe für die Planung und Umsetzung des "Innovations- und Technologietransferzentrums PLUS" zur Verfügung zu stellen.**
2. **Die Verwaltung wird ermächtigt, ein Erbbaurecht für ein Teilgrundstück von Flst.Nr. 2321/0 (siehe Anlage zu Drucksache Nr. 80/2014)) zum Zweck des Baus eines "Innovations- und Technologietransferzentrum PLUS" zu bestellen. Die Ausgestaltung des Erbbaurechtsvertrages wird zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 42/2014-1 zur Beschlussfassung vor. Zur Vorlage ging ein Antrag der SPD-Fraktion ein, der dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

BM Kuhlmann geht auf den SPD-Antrag ein und erinnert daran, dass man bereits seit 20 Jahren in Sachen Platzgestaltung unterwegs sei mit dem Ziel, möglichst homogene Lösungen zu erreichen. Dies sei Leitbild bei allen Maßnahmen der letzten 20 Jahre gewesen. Als Gründe nennt er die Annäherung an historische Ansichten, keine räumliche Trennung von Verkehr und öffentlichem Raum, sondern Plätze insgesamt als Raum für die Mobilität zu sehen. Weiter gibt er zu verstehen, dass der Bodenbelag eine möglichst homogene Atmosphäre schaffen und zurückhaltend sein sollte, damit die Gebäude dominierten. Er appelliert an diesem Prinzip festzuhalten. Er zeigt sich einig darin, dass die Barrierefreiheit die Situation verändert habe, weshalb man glatte Beläge bei den neuen Maßnahmen und größere Plattenbeläge verwende. Er bezeichnet den SPD-Vorschlag als deutlichen Rückschritt und meint, dieser stelle in Frage, ob die Maßnahme überhaupt angegangen werden sollte. Bäume würden im Rahmen der weiteren Ausgestaltung thematisiert, einige seien aber bereits in die Pläne des Büros Senners eingezeichnet. Diese stünden jedoch auf Privatgrund. Zu den Stellplätzen gibt er zu verstehen, dass Vorgabe für die Planer gewesen sei, die Mindestzahl an Stellplätzen vorzusehen.

StR Kolesch gibt zu verstehen, die CDU-Fraktion könne mit dem Vorschlag der Architektenbüros Lohrer.Hochrein sowie mit dem von Faktor Grün leben. Senner sei dagegen deutlich schlechter. Die CDU-Fraktion tendiere eher zu Faktor Grün wie schon im Bauausschuss dargelegt worden sei. Der Klostergarten sei von innen vor allem was die Nutzung durch die Öffentlichkeit betreffe am besten gelöst und dieser sei ein wichtiges Element der gesamten Umgestaltung. Der Entwurf von Lohrer.Hochrein sei äußerst formal ausgestaltet und die Hecke wirke sehr trennend. Man wolle dagegen, dass sich Kinder dort gerne aufhielten und spielten. Auch die Spielmöglichkeiten seien bei Lohrer.Hochrein etwas zu kurz gekommen. Die Lösung von Faktor Grün sei sehr pfiffig und biete die Chance, dass sich dort gerne Menschen aufhielten und den Platz belebten. Er kritisiert die vier Bäume vor dem Amtsgericht, die im ersten Entwurf nicht enthalten gewesen seien und äußert die Vermutung, das Büro sei etwas in diese Richtung gedrängt worden, die es eigentlich nicht wolle. Er plädiert, die Bäume dann wegzulassen. Der Platz für den Baum, der von Lohrer.Hochrein als wichtig bezeichnet worden sei, könne sicher integriert werden. Zum SPD-Antrag bemerkt er, auch die CDU-Fraktion habe erklärt, dass die Gestaltung analog des westlichen Marktplatzes erfolgen solle. Man finde, er sehe gut aus, weshalb man sich dem SPD-Antrag anschließen könne. Der VDK-Vorsitzende habe stark thematisiert, dass eine Asphaltierung gewollt sei, sogar in Gehbereichen. Es sei klar, dass man diese Forderung nicht erfüllen könne, sondern dort pflastere, es müsse aber großformatiges Pflaster und gut verlegt werden. Teil zwei des SPD-Antrags sollte seines Erachtens umformuliert werden dahin gehend, dass dort wo möglich weitere Bäume aufgenommen werden. Zum Radfahren in der Bahnhofstraße führt er aus, die Stellplatzzahl sei bereits festgelegt und wenn die Verwaltung der Meinung sei, dass es auch wie vorgesehen in der Bahnhofstraße funktioniere, dann könne man die Stellplätze dort belassen. Er plädiert, Stellplätze für Fahrräder und Mopets in den Entwurf aufzunehmen. Ferner solle mit dem Finanzamt verhandelt werden, dass dessen Stellplätze am Wochenende für die Öffentlichkeit zur Verfügung stünden. Zum Saumarkt sei man mit der vorgeschlagenen Gestaltung einverstanden. Wichtig sei eine Aufwertung des Platzes.

StRin Kübler führt aus, der aktuelle Entwurf von Lohrer.Hochrein weise nur einen Solitärbaum aus, weshalb man auf der westlichen Seite weitere gefordert habe. Der westliche Marktplatz sei

ein gutes Beispiel dafür, dass Pflasterung und Asphalt funktionierten. Die hohe breite Hecke gefalle der SPD-Fraktion auch nicht. Sie fragt, wer im Beurteilungsgremium gewesen sei und ob auch Vertreter von Familien dazu gehörten. Ein Spielplatz in der Innenstadt sei ein wichtiger Faktor und der kleine Spielplatz beim Ochsenhauser Hof ein gutes positives Beispiel. Der Saumarkt erfahre mit der Planung eine Aufwertung, obwohl der Entwurf von Senner in diesem Punkt der SPD-Fraktion besser gefallen hätte. Insgesamt tendiere man eher für den Entwurf von Faktor Grün.

StR Heinkele spricht sich für weniger schmutzempfindliche Steine aus als auf dem Marktplatz verwendet wurden. Granitsteinen stimmten die Freien Wähler zu, wobei diese möglichst eben und gut verlegt sein sollten. Wenn Bereiche geteert werden sollten, dann müsse man diese klar definieren. Er gibt die Gefahr zu bedenken, dass auf asphaltierten Flächen auch schneller gefahren werde und hält eine gleichförmige Gestaltung für gemeinsame Nutzungen für sinnvoll. Dem Wunsch nach mehr Bäumen wie von der SPD-Fraktion beantragt könne man zustimmen. Zum Klostergarten gibt er zu bedenken, dass eine Hecke auch einen Sicherheitsaspekt darstelle. Die Einbeziehung der Gerbergasse erhöhe den Zusammenhalt. Er plädiert, die Regelungen in der Bahnhofstraße zu belassen. Eine beidseitige Nutzung durch Fahrradfahrer hält er nicht für sinnvoll, da Radfahrer die Bahnhofstraße nicht kreuzen könnten. Er bittet um getrennte Abstimmung über die SPD-Anträge.

StRin Sonntag signalisiert die Zustimmung zu den SPD-Anträgen und meint, möglicherweise werde eine große Chance vergeben, da quasi ein Parkplatz gestaltet werde. Sie fragt ob es wirklich gewollt sei, eine durch Hecken eingesperrte Situation zu schaffen und meint, die Lösung von Faktor Grün wäre offener. Wenn ein richtiger Klostergarten entstehen solle, müsse man auch an die Pflege denken. Bei Granitpflaster macht sie darauf aufmerksam, dass je nach Herkunft die Haltbarkeit unterschiedlich sei und nicht wieder eines gewählt werden solle, das zweifelhafter Herkunft sei. Sie bittet die Maßstäbe einer Fair-Trade-Town anzulegen. Sie gibt jedoch zu bedenken, dass dann teure Steine auf Flächen verlegt würden, auf denen Autos fahren sollten. Sie spricht sich dafür aus, die Fahrbahn mit einer Schwarzdecke zu versehen. In der Vorlage stehe auch klar, dass der Platz ein Parkplatz und Transitplatz bleiben solle und nicht angedacht werde, wie er anders entwickelt werden könne. Anders sei beim Saumarkt vorgegangen worden, wo durch die Gestaltung ein richtiger Platz entstehen könne.

StR Braig spricht sich für die Lösung Lohrer.Hochrein aus, da der Spielplatz gut abgetrennt werde. Er bezeichnet eine homogene Pflasterung als wichtig, wobei großflächiges Granit sauber verlegt werden und kein hellweißer, sondern hellgrauer Granit ausgewählt werden sollte. Als besonders wichtig bezeichnet er den großen Solitärbaum, der gut zum Amtsgericht passe. Als wichtig bezeichnet er auch den Klostergarten als klare Trennung zum Verkehrsraum. Den Antrag der SPD-Fraktion zur Bahnhofstraße könne er nicht nachvollziehen, da Radfahrer auf der rechten Seite buchstäblich gegen eine Wand fahren würden.

BM Kuhlmann zeigt sich enttäuscht über die Diskussion, da man in verschiedenen Phasen das Thema intensiv diskutiert habe. Wenn Asphalt vorgesehen werde, erhalte die Innenstadt eine andere Ausprägung. Er bezeichnet eine homogene Gestaltung mit Pflaster als wichtig.

StRin Drews bringt vor, der Kirchplatz sei sehr abschüssig, was vor allem für Bürger mit Rollatoren gefährlich sei. Zur aktuellen Planung gibt sie zu bedenken, wenn ein Platz zum Parken gewünscht werde, sei es besser, diesen zu teeren als Signal, dass es hier gefährlich werden könne. Sie plädiert dafür, die Parkplätze in der Bahnhofstraße leicht schräg anzuordnen, was keinen Verlust für die

Stellplätze brächte, aber Sicherheit für Fahrradfahrer, die aktuell durch PKW-Fahrer gefährdet würden, die schnell links ausstiegen, um beim Finanzamt etwas einzuwerfen. Sie gibt auch zu bedenken, dass gepflasterte Flächen beim Räumdienst sehr laut seien und auch nicht so gut geräumt werden könnten.

StR Kolesch **beantragt**, Faktor Grün zu beauftragen statt Lohrer.Hochrein. Wenn der SPD-Antrag so zu verstehen sei, so viele Bäume wie möglich zu pflanzen, könne die CDU-Fraktion ihm zustimmen. In der Bahnhofstraße sei es seines Erachtens erforderlich, im Zuge der weiteren Planung eine optimale Anordnung der Stellplätze zu erreichen.

StR Abele macht darauf aufmerksam, dass Ziffer 3 des SPD-Antrags erledigt sei, wenn Faktor Grün der Auftrag erteilt werde.

OB Zeidler regt an, Ziffer 2 des SPD-Antrags so zu formulieren, dass die Verwaltung beauftragt wird, in der weiteren Planung weitere Bäume auf der westlichen Seite vorzusehen.

Dem Antrag der CDU-Fraktion, Faktor Grün mit der weiteren Planung zu beauftragen wird mit 17 Ja-Stimmen bei 8 Nein-Stimmen (OB Zeidler, StRe Bode, Braig, Funk, Dr. Compter, Goeth, Heinkele, Hummler) **zugestimmt**.

Bei 8 Nein-Stimmen (OB Zeidler, StRe Bode, Braig, Funk, Dr. Compter, Goeth, Heinkele, Hummler) und restlichen Ja-Stimmen wird **Ziffer 1 des SPD-Antrags zugestimmt**.

Die Ziffern 2 und 3 ihres Antrags erklärt die SPD für erledigt.

Damit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Landschaftsarchitekturbüro Faktor Grün, Rottweil mit der weiteren Planung, vorerst bis Leistungsphase 3 HOAI, zu beauftragen.

Als Deckungsmittel für die überplanmäßige Ausgabe stehen Mittel auf der HH-Stelle 02.6300300.951602 zur Verfügung. Die Fahrbahndecke des Alten Postplatzes wird dabei mit einer Schwarzdecke versehen. Eine Pflasterung wird nur auf Gehwegen vorgesehen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 60/2014 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss in öffentlicher Sitzung am 10.04.2014.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Für die Rückzahlung des Überschussanteiles an der Sanierungsmaßnahme "Östliche Innenstadt" wird eine über-/außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 252.861 Euro bewilligt.
Die Deckung wird durch die Sperrung von Haushaltsresten von 2013 aus der HHSt. 02.6150100.967000 in gleicher Höhe gewährleistet.**
- 2. Die Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets "Östliche Innenstadt" vom 16. Mai 2002 (einschließlich der beiden Änderungen vom 16.05.2002 und 19.02.2008) wird aufgehoben.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 65/2014 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 07.04.2014.

OB Zeidler bezeichnet die Entscheidung als Beitrag zum European-Energy-Award.

StR Hagel signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion, da der Vorschlag nachvollziehbar sei.

StR Lemli äußert Freude darüber, dass 100 Prozent Ökostrom ausgeschrieben werde. Dies gehe über den Vorschlag der AG hinaus und habe eine starke, lobenswerte Vorbildfunktion.

Auch StRin Goeth zeigt sich namens der Freien Wähler freudig überrascht, dass mit einem verhältnismäßig geringen Aufpreis 100 Prozent Ökostrom eingekauft werden könne. Sie äußert Bedauern darüber, dass die e.wa riss nicht in den Genuss des Ökostrom-Zuschusses komme und dass kein In-House-Auftrag möglich sei.

Auch die Grünen sind nach Auskunft von StR Späh erfreut, da sie schon in den Haushaltsplanberatungen gefordert hätten, den Öko-Strom-Anteil zu erhöhen. Erfreulich sei man nun von der Verwaltung sogar überholt worden.

StR Funk gibt zu bedenken, dass es auch um Speicherungs- und Leitungsprobleme gehe. Die FDP stimme immer dort zu, wo Zuschüsse die größte CO₂-Einsparung brächten. Auch würde man gerne die e.wa riss unterstützen. Da die Erbringung derartiger zusätzlicher Aufgaben durch die e.wa derzeit nicht möglich sei, stimme man der Vorlage zu.

Herr Walz lässt auf Frage wissen, beim letzten Mal habe man Strom aus dem sanierten Windkraftwerk Rheinfeldern bezogen. Das Geld solle neuen Projekten zugute kommen, über die erst nach dem Zuschlag entschieden werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Stromlieferung für die Abnahmestellen der Stadt wird ausgeschrieben.**
- 2. Die Ausschreibung erfolgt zu 100% für Ökostrom, der die Anforderungen des European-Energy-Awards erfüllt.**
- 3. Die Ausschreibung erfolgt in einem Los. Die auszuschreibende Preisstruktur enthält einen Preisanteil für die zu liefernde Energie und einen Preisanteil für die Netznutzungsentgelte für die Jahre 2015 bis 2017 mit einer Verlängerungsoption für das Jahr 2018.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 79/2014 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Für die SPD-Fraktion wird als Stellvertretende Beisitzerin in den Gemeindewahlausschuss für die Kommunalwahl am 25. Mai 2014 Frau Christine Kapfer gewählt.**
- 2. Für die FW-Fraktion wird als Beisitzer in den Gemeindewahlausschuss für die Kommunalwahl am 25. Mai 2014 Herr Dr. Wilhelm Nestle gewählt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 69/2014 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 10.04.14 in öffentlicher Sitzung.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung greift den Vorschlag, mit Unterstützung eines externen Experten ein Konzept zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr zu erstellen, im Jahr 2015 auf.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 66/2014 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Hauptausschuss am 07.04.14 vorbereitet und dabei die FDP-Anträge abgelehnt. Ferner wurde im letzten Absatz von Ziffer 2 der Vorlage das Wort „öffentlich“ eingefügt.

StR Funk erinnert an die lange Forderung der FDP-Fraktion, im Gemeinderat öffentlich über e.wa-Themen zu diskutieren. Die FDP-Fraktion übernehme keine Verantwortung für Schäden, da man gegen die Einrichtung der e.wa gestimmt habe, da man in diesem Unternehmen nicht das Sagen habe. Man habe in verschiedenen Gremien gefordert, dass der Einstieg in die Glasfaser durch den Gemeinderat entschieden werde. Auch die Kapitalerhöhung für die Stadtwerke habe man im Rahmen der Haushaltsplanberatungen gefordert, was lange nicht erfolgt sei, auch 2014 nicht. Erst über die Änderungsliste habe der aufmerksame Leser erkennen können, dass eine Kapitalerhöhung erfolgen solle. Die FDP-Fraktion habe Gespräche mit dem Oberbürgermeister und dem neuen Geschäftsführer geführt und halte eine Abschreibung der Schäden für erforderlich, um mit dem neuen Geschäftsführer neu durchstarten zu können. Als Konsequenz habe man die drei Anträge gestellt. Er begründet diese näher.

Die Stellungnahme der Verwaltung hierzu bezeichnet er als nicht besonders gut, da nicht über die einzelnen Anträge abgestimmt werde, die die FDP beantragt habe und auch die logische Reihenfolge verändert worden sei. Ferner müsse das Zahlmaterial genauer verifiziert werden. Man habe nicht erklärt, dass der neue Geschäftsführer schuld sei, sondern es seien auch Dritte beauftragt worden und dem Gemeinderat sei gar nicht klar, welche Aufträge vom Aufsichtsrat erteilt worden seien. Schlecht sei auch, dass der Aufsichtsratsvorsitzende gleichzeitig für das Beteiligungsmanagement zuständig sei. Die Vorlage enthalte auch keinen deutlichen Hinweis, dass die Aufträge zur Glasfaser nicht rechtlich korrekt seien. In einem Telefonat mit EBM Wersch habe er erfahren, dass 60 Mio. Euro für das Thema Glasfaser „vergraben“ worden seien, da zu wenig Kundschaft vorhanden sei. 15 Mio. davon lägen bei der Stadt, weshalb man 8 Mio. und den Zinsverlust abschreiben könne.

OB Zeidler meint, eine Diskussion über den Aufsichtsratsvorsitz mache aktuell wenig Sinn. Er wolle für die Zukunft diese Position nicht ausschließen. Aktuell sei aber nicht der richtige Zeitpunkt und Anlass, über Dezernatsstrukturen nachzudenken.

EBM Wersch fügt an, er könne nicht erkennen, dass eine Konzentration auf die Macht des OB dem Unternehmen besonders gut getan habe. Dies gelte auch für die Einlassung von Herrn Zeidler, der noch keine Funktion bei der e.wa riss wahrgenommen habe. Man habe sich darauf verständigt, bei der nächsten Entscheidung zum Thema Glasfaser den Gemeinderat öffentlich mitzunehmen. Es sei ein Fehler seitens der bisherigen Geschäftsleitung gewesen und stehe auch explizit in der Vorlage, dass das Thema Glasfaser ohne Gemeinderat entschieden worden sei. 16 Mio. Euro habe man in den Jahren 2010 bis 2012 und in Resten bis 2013 investiert und nicht genügend Kundenbindung erreicht. Eine hundertprozentige Abschreibung der Glasfaserinvestitionen sei aber nicht notwendig, da es sich um eine 50:50 – Beteiligung handle.

StR Weber bezeichnet die aktuelle Konstellation als nicht optimal. Er meint, man müsse die Energiewende selbst in die Hand nehmen und das Geld nicht einfach in Glasfaser vergraben. Er appelliert, das Thema Glasfaser neu anzugehen und die Vermarktung mit neuen Zielen und neuem Geschäftsführer neu zu beginnen.

OB Zeidler macht darauf aufmerksam, dass die Behandlung des Themas e.wa riss aktuell sehr sensibel und schwierig sei. Er danke Geschäftsführer Geier, Frau Leonhardt und insbesondere EBM Wersch, die diese sehr komplexe Aufgabe leisteten, die auch in den nächsten Monaten noch beschäftigen werde. Man sollte die Gesamtvorgänge nutzen, um die Anbindung der e.wa im Gemeinderat zu diskutieren. Dies stehe aber heute nicht auf der Tagesordnung.

Anschließend tritt der Gemeinderat in die Abstimmung. Dabei wird über die FDP-Anträge abgestimmt. **Der Antrag zur Besetzung des Aufsichtsrats wird bei 3 Ja-Stimmen (StRe Bode, Braig, Funk) einer Enthaltung (StR Weber) und restlichen Nein-Stimmen abgelehnt.**

Der Antrag zum Geschäftsfeld Glasfaser ist obsolet durch die Zusage das Thema öffentlich im Gemeinderat zu behandeln. Der Antrag zur Entwicklung der e.wa wird ebenfalls nicht abgestimmt und mit der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt erklärt.

**TOP 11.1 Bekanntgaben - Autofreier und begrünter Marktplatz -
Antrag der SPD-Fraktion**

AT 17/2014

Der Antrag Nr. 17/2014 liegt zur Kenntnisnahme vor und ist dieser Niederschrift als **Anlage** beige-
fügt.

OB Zeidler lässt wissen, der Antrag werde von der Verwaltung aufbereitet und in einer der kom-
menden Sitzungen zur Abstimmung vorgestellt. Im Übrigen sei er allen dankbar, dass aufgrund
der Vielfalt der Anträge der Verwaltung mit den Stellungnahmen etwas mehr Zeit eingeräumt
worden sei.

**TOP 11.2 Bekanntgaben - Kostenfreies letztes Kindergartenjahr -
Antrag der FDP-Fraktion**

AT 18/2014

Der Antrag Nr. 18/2014 liegt zur Kenntnisnahme vor und ist dieser Niederschrift als **Anlage** beige-
fügt.

OB Zeidler lässt wissen, eine Satzungsänderung stehe an, in der der FDP-Antrag behandelt werde.

**TOP 11.3 Bekanntgaben - Bericht zur regionalen Schulentwicklung -
Antrag der SPD-Fraktion**

AT 19/2014

Der Antrag Nr. 19/2014 liegt zur Kenntnisnahme vor und ist dieser Niederschrift als **Anlage** beige-
fügt.

OB Zeidler lässt wissen, man stehe im Kontakt mit dem Schulamt, damit dieses aus Sicht des Lan-
des die Situation einmal im Gremium darstelle.

TOP 11.4 Bekanntgaben - Birkendorf-Grundschule - zusätzliche Räumlichkeiten - Antrag der SPD-Fraktion

AT 24/2014

Der Antrag Nr. 24/2014 liegt zur Kenntnisnahme vor und ist dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

OB Zeidler lässt wissen, es lägen Stellungnahmen des Amts für Bildung, Betreuung und Sport und der Schulleitung vor, die demnächst in eine Vorlage mündeten.

**TOP 11.5 Bekanntgaben - Küchenausstattung Sporthalle Mettenberg -
Antrag der SPD-Fraktion**

AT 20/2014

Der Antrag Nr. 20/2014 liegt zur Kenntnisnahme vor und ist dieser Niederschrift als **Anlage** beige-
fügt.

OB Zeidler lässt wissen, nach Auskunft des Hochbauamts sei der Antrag Bestandteil der aktuellen
Planung. Er werde im Zuge des Baubeschlusses erneut aufgegriffen.

**TOP 11.6 Bekanntgaben - Prüfung verkehrlicher Maßnahmen in der Telawial-
lee - Antrag der CDU-Fraktion**

AT 21/2014

Der Antrag Nr. 21/2014 liegt zur Kenntnisnahme vor und ist dieser Niederschrift als **Anlage** beige-
fügt.

OB Zeidler kündigt an, den Antrag im Juni in die Beratung zu bringen.

Der Antrag Nr. 22/2014 liegt zur Kenntnisnahme vor und ist dieser Niederschrift als **Anlage** beige-
fügt.

OB Zeidler hält es aus Sicht der Verwaltung für vorstellbar, den sehr perspektivischen Antrag zu-
sammen mit der Bürgercard aufzurufen. Im Ältestenrat habe man sich darauf verständigt, die in
der Pipeline befindlichen Vereinsanträge möglichst zeitnah nach der Sommerpause einer Bera-
tung zuzuführen.

TOP 11.8 Bekanntgaben - Park and Ride am Bahnhof - Antrag der CDU-Fraktion AT 23/2014

Der Antrag Nr. 23/2014 liegt zur Kenntnisnahme vor und ist dieser Niederschrift als **Anlage** beige-fügt.

OB Zeidler lässt wissen, der Antrag werde in einer der nächsten Sitzungen aufbereitet.

TOP 11.9 Bekanntgaben - Erklärung von BM Kuhlmann zum Normenkontrollverfahren Bebauungsplan Consulentengasse

OB Zeidler kündigt eine Stellungnahme von BM Kuhlmann an, bei der StR Kolesch befangen sei. StR Kolesch nimmt daraufhin in den Zuschauerreihen Platz.

BM Kuhlmann verliest folgende Stellungnahme: „Aufgrund einer Nachfrage von Stadtrat Keil im Bauausschuss am 10.04.14 und der nachfolgenden Berichterstattung in der Schwäbischen Zeitung wird berechtigt die Frage an mich gestellt, warum ich nicht aktiv und aktuell über das Ergebnis des Normenkontrollverfahrens in Sachen Bebauungsplan "Radgasse/Consulentengasse, 5. Änderung" öffentlich berichtet habe.

Hierzu möchte ich folgendes erklären:

Aus heutiger Sicht war es ein Fehler, nicht kurz nach Zustellung des Urteils im Juli 2013 den Gemeinderat und die Öffentlichkeit zu informieren. Die Pflicht, das Urteils gemäß VwGO öffentlich bekannt zu machen, war mir und meinen Mitarbeitern zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt, der von uns beauftragte Anwalt hat uns nicht entsprechend informiert. Dass wir nicht informierten erfolgte nicht vor dem Hintergrund, die rechtliche Niederlage der Stadt zu verschweigen. Unser Ziel war es, das Projekt nach Vorliegen einer Einigung zwischen den Anliegern weiter zu verfolgen. In diesem Zuge hätten wir über die Normenkontrolle und über die Aufhebung des Bebauungsplanes berichtet. Die Bekanntmachung der Aufhebung des Bebauungsplanes und die Aufnahme eines neuen Verfahrens wären somit in einem Zuge erfolgt.

Da Herr Kolesch im Sommer 2013 bereits Kontakt zur Nachbarin aufgenommen hatte, um sich um eine einvernehmliche Lösung zu bemühen, ging ich davon aus, dass eine Klärung absehbar erreicht wird. Dass sich diese Abstimmung bis in das Jahr 2014 zieht, war zu diesem Zeitpunkt nicht zu erwarten. Auf Wunsch des Rechtsanwalts der Klägerin wurde die Aufhebung des Bebauungsplanes als formale Voraussetzung für den Abschluss einer Vereinbarung zwischen den Anliegern im März 2014 in BIBERACH KOMMUNAL veröffentlicht. Im April 2014 wurden wir von Herrn Kolesch darüber informiert, dass seitens der Anliegerin der Vorschlag einer Vereinbarung vorliegt.

Sobald eine einvernehmlich abgestimmte Vereinbarung abgeschlossen ist, haben wir die Neuaufnahme des Verfahrens vorgesehen.

Inhaltlich stehe ich zur Umsetzung dieses Projektes (analog den Projekten „intersport Heinzl“, C&A, „Roter Ochsen“) als wichtigem strategischen Baustein zur Stärkung der Lebendigkeit und Attraktivität der Biberacher Innenstadt. Diese Projekte gehen zurück auf eine vom Gemeinderat im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes 2005 einstimmig formulierte Zielsetzung zur Innenstadtentwicklung. Ich bin dem Unternehmen Kolesch dankbar für die Initiative und seine bisherigen Investitionen und hoffe, dass das Projekt zur Umsetzung kommt.

Ich bedaure sehr, dass Herr Kolesch durch meine Fehleinschätzung bzgl. der Information der Öffentlichkeit in Misskredit geraten ist und möchte mich dafür entschuldigen.

Ich habe den Anspruch, als Verwaltung transparent und nachvollziehbar für Öffentlichkeit und Gemeinderat zu arbeiten. Dieser Anspruch gilt für mich nach wie vor. In diesem Fall bin ich diesem Ziel nicht gerecht geworden. Ich bitte den Gemeinderat, dies zu entschuldigen.

OB Zeidler dankt für die Stellungnahme und bezeichnet es als sehr ehrenhaft, dass BM Kuhlmann einen Fehler offen eingestanden habe. Er habe von dem Vorgang aus der Presse erfahren und deutlich gemacht, dass schlechte interne und externe Kommunikation betrieben worden sei. Transparenz solle und müsse für alle anders aussehen. Der Vorgang sei in mehreren Richtungen peinlich. Der Gemeinderat habe einen Bebauungsplan beschlossen und wenn die Verwaltung damit irgendwie scheitere, sei es ein Akt der Vertrauensbildung unabhängig von Veröffentlichungspflichten, den Gemeinderat hierüber zu informieren. Ferner komme der Vorgang in einer äußerst schwierigen Zeit und zu Zeiten des Beschlusses sei StR Kolesch noch gar nicht Mitglied des Gemeinderats gewesen. Er bittet den Gemeinderat und StR Kolesch um Entschuldigung. Der Vorgang tue leid und die Verwaltung gelobe Besserung.

TOP 12.1 Verschiedenes - Park & Ride am Bahnhof

StRin Drews bringt vor, am Bahnhof sei wenig Platz und es finde viel Busverkehr statt. Der dort angelegte Radweg sei schön, aber teilweise etwas unpraktisch. Vor circa 2 Jahren sei über eine Bushaltestelle in der Freiburger Straße diskutiert worden. Da am Bahnhof die Busse teilweise auf dem Radweg parkten, sollte diese Alternative wieder aufgegriffen werden.

TOP 12.2 Verschiedenes - Parksituation Freibad

StRin Drews bringt vor, trotz der zahlreich aufgestellten Verkehrsschilder zum Thema Parken bestehe ein Parkproblem beim Freibad. Sie fragt, ob nicht die alten Hütten am Freibad entfernt werden und dort ein Drehkreis als Ausgang und ein paar Stellplätze mehr errichtet werden könnten. Sie meint, dass so mit wenig Aufwand mehr erreicht werden könnte als mit vielen Schildern.

TOP 12.3 Verschiedenes - Die Diskussion zur Umgestaltung Alter Postplatz

StRin Goeth bezeichnet die Diskussion um die Umgestaltung des Alten Postplatzes als Beispiel für eine ineffiziente Gemeinderatsarbeit. Man habe in der aktuellen Sitzung nach einer Diskussion im Bauausschuss von Null angefangen.

StR Abele bringt vor, das Thema sei ursprünglich nur für den Bauausschuss vorgesehen gewesen, aufgrund demokratischer Entscheidung aber in den Gemeinderat verwiesen worden. Dies sei Demokratie und damit müsse man leben.

TOP 12.4 Verschiedenes - Normenkontrollverfahren Bebauungsplan Consulentengasse

StRin Goeth führt aus, es gehe bei diesem Thema um drei Punkte. Die Stadt habe einen Prozess verloren, was immer wieder einmal vorkommen könne. Die Einschätzung der Rechtsanwaltskanzlei sei anders gewesen und normalerweise interessiere dies nicht. Das öffentliche Interesse sei durch die Beteiligung eines großen Modehauses am Marktplatz entstanden, dessen Inhaber Gemeinderat sei, was Anlass zu Spekulationen gegeben habe. Die Freien Wähler hätten nach sehr reiflicher Überlegung dem Bebauungsplan zugestimmt und die Rechte der Nachbarin gewürdigt. Das Urteil sei nicht wie vorgeschrieben öffentlich bekannt gemacht worden. Das Baudezernat habe noch nie einen vergleichbaren Fall gehabt und dies daher nicht gewusst. Der teuer bezahlte Rechtsanwalt hätte jedoch hierauf hinweisen müssen. Drittens sei der Gemeinderat nicht informiert worden, was zu Vertrauensverlust geführt habe. Man akzeptiere die Entschuldigung von BM Kuhlmann und unterstelle ihm keine böse Absicht und gehe davon aus, dass so etwas nicht mehr vorkomme.

TOP 12.5 Verschiedenes - Antragsflut

StRin Goeth führt aus, in letzter Zeit komme es in der Verwaltung vermehrt zu Fehlern, was ein Zeichen dafür sei, dass die Arbeit über den Kopf wachse. Sie bittet, sich in der Antragsflut zu mäßigen, da Anträge zeitnah bearbeitet werden müssten, personelle Ressourcen gebunden würden und andere Dinge liegen blieben und Fehler passierten.

StR Funk erklärt sich einig mit der Einschätzung was die Antragsflut betreffe. Er habe aber bereits im Herbst erkannt, was die CDU-Fraktion für ein Programm fahre, aber leider habe er von keiner Fraktion Unterstützung erhalten. Alles was beantragt worden sei, sei „Kalter Kaffee“.

StR Abele bringt im weiteren Sitzungsverlauf vor, auf der aktuellen Tagesordnung stünden vier FDP-Anträge, davon drei zur e.wa riss, die man in Vorgesprächen diskutiert und abgelehnt habe, aber der FDP sei es wichtig gewesen, sie in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Die Gründe seien sicher anders als vorher von Kollege Funk dargestellt. Auch mit dem Antrag auf ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr konterkariere sich die FDP selbst. Auch dieses Thema sei diskutiert und beschlossen worden, die Kindergärten nicht kostenfrei anzubieten. Der gegenüber anderen formulierte Anspruch werde von der FDP selbst nicht eingehalten. Sein Anliegen als Fraktionsvorsitzender sei es immer, Themen ins Gremium zu bringen, die die Bevölkerung bewegten. Es sei Aufgabe der gewählten Vertreter im Gemeinderat solche Themen aufzunehmen und Anträge zu formulieren. Wichtig sei auch, dass die Verwaltung dies in angemessenem zeitlichen Rahmen und nicht unter Zeitdruck abarbeiten müsse. Man wolle mit diesen Anträgen also keineswegs Sand ins Getriebe der Verwaltung bringen. Er bittet die Kollegen weiterhin zu versuchen, auf der sachlichen Ebene zu bleiben, was in der Vergangenheit gut funktioniert habe.

TOP 12.6 Verschiedenes - Nahwärmekonzept Hochvogelstraße

StR Funk bezeichnet es als gut, dass über das Nahwärmekonzept Hochvogelstraße noch nicht im Gemeinderat entschieden worden sei. Er fragt, ob das Nahwärmenetz Voraussetzung für das preiswerte Bauen in der Hochvogelstraße sei, was BM Kuhlmann verneint.

TOP 12.7 Verschiedenes - Fahrten von Radfahrern entgegen Einbahnstraßen

StR Späh bezeichnet vorab die Erklärung von BM Kuhlmann zum Bebauungsplan Consul tengasse als richtig.

Dann spricht er das Fahren von Radlern entgegen Einbahnstraßen an, das immer wieder zu Kritik führe. Er fragt, ob es zu erhöhten Unfällen oder Unfallgefahren gekommen sei und ob die Beschilderung nachgebessert werden müsse.

TOP 12.8 Verschiedenes - Aufstieg nach Mettenberg und Thema Fracking

StR Weber äußert Bauchschmerzen auf Gemarkung Mettenberg wegen des Aufstiegs zur B30 und dem Thema Fracking, das laut eines aktuellen Berichts in der Schwäbischen Zeitung weiter Thema sei und erstmals werde auch Biberach genannt. Er meint der Gemeinderat sei verpflichtet hiergegen anzukämpfen und sich aufgrund der Gefahren für das Grundwasser gegen Fracking auszusprechen.

OB Zeidler erwidert, seines Wissens gebe es eine relativ klare Beschlusslage und man könne mit seiner geballten Kraft rechnen, dass er sich für Mettenberg und Biberach einsetze.

TOP 12.9 Verschiedenes - Sauberkeit in der Innenstadt

StR Herzhauser bringt vor, der überdachte Fußweg bei der Jugendkunstschule sei enorm verschmutzt mit angetrocknetem Dreck. Er empfiehlt eine Nassreinigung.

TOP 12.10 Verschiedenes - Parkplätze Freibad

StR Herzhauser erinnert an die Aufforderung, die Stellplätze der Firma Liebherr am Wochenende für Nutzer des Freibades zugänglich zu machen. Seines Wissens sei hierzu noch keine Antwort erteilt worden.

TOP 12.11 Verschiedenes - Vereinsförderrichtlinien

StR Abele weist darauf hin, es sei wichtig, über die Vereinsförderrichtlinien nach der Sommerpause zu diskutieren.

TOP 12.12 Verschiedenes - Wünsche für die Kommunalwahl

OB Zeidler führt aus, heute habe man die letzte Sitzung vor der Kommunalwahl gehabt, was man ein wenig gemerkt habe (Gelächter). Manche gingen die Wahl recht entspannt an, wenn das Ende in Sicht gesehen werde. Für manche sei die Situation angespannt, da eine Verlängerung der Amtszeit angestrebt werde. Er werte es als positives Zeichen, dass die Gemeinderäte überwiegend weiter machen wollten und ein guter Kurs fortgesetzt werden solle. Auch in der neuen Legislaturperiode stünden viele spannende Fragen an wie die Aufenthaltsqualität in den Teilorten, die Zukunft der e.wa riss, das Thema Wohnraum, die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt, Bildung und Betreuung, sowie die Schulentwicklung. Er signalisiert persönlich, dass er mit allen gerne weiterarbeiten würde. Es mache ihm viel Freude und Spaß und er sehe alle gemeinsam auf einem guten Weg. Natürlich habe man den ein oder anderen Charismatiker dabei, aber er habe die Einstellung, dass man die Menschen so nehmen müsse wie sie seien und dass man 50-Jährige auch nicht mehr ändere. Er wünscht allen viel Glück und noch mehr die Erkenntnis, dass das Leben auch nach dem 25. Mai weiter gehe.

Es wird applaudiert.

Gemeinderat, 05.05.2014, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:

OB Zeidler

Stadtrat:

Hagel

Stadtrat:

Keil

Schriftführerin:

Appel

Gesehen:

EBM Wersch

Gesehen:

BM Kuhlmann